

# Jahresbericht 2017 der Gruppe Giardino

## 1. Will die Schweiz nicht mehr geschützt werden?

### 1.1. Die bewusste Unsicherheits-Politik des Bundes und der Kantone

Wieso schenken unsere Bundespolitiker und unsere Kantonspolitiker der Verteidigung der Schweiz und somit der Erhaltung ihrer Souveränität keine Aufmerksamkeit mehr? Glauben sie etwa, der ewige Frieden sei auf der Welt ausgebrochen? Oder meinen sie, es gäbe ja hierzulande kaum etwas schutzwürdiges? Oder sind sie der Auffassung, der Schutz von Land und Leuten sei chancenlos schon nur im Fall einer etwas grösseren terroristischen Bedrohung? Oder haben diese Bundes- und Kantonspolitiker sich von unserer erfolgreichen Tradition als selbständiger Staat verabschiedet und ihre Agenda bereits in Richtung des Anschlusses an einen politischen und militärischen Staatenbund ausgerichtet?

Wir wissen es nicht.

Wir kennen aber das Resultat. Nämlich, dass die Schweiz jetzt vollends auf eine glaubwürdige Landesverteidigung verzichtet und faktisch wehrlos dasteht. Die einst stolze und fähige Armee wurde jahrelang systematisch auf einen erbärmlichen Zustand hinuntergewirtschaftet. Nein, nicht durch «die Linken». Nein – und das ist das wirklich erschreckende an dieser Entwicklung – durch die Politiker und Politikerinnen der bürgerlichen Parteien. In seltener Einmütigkeit sind sie zum Schluss gekommen, dass eine Alibi-Armee, wie wir sie seit dem 1. Januar 2018 haben, vollends genüge. Für die billige Mithilfe bei Veranstaltungen (Skipisten präparieren, Tribünen auf- und abbauen und dergleichen) sowie für den Schutz internationaler Konferenzen reiche sie allemal aus – und das sei schliesslich ihre Hauptaufgabe, so die Haltung der Politiker.

Dass sie damit nicht nur die Bestimmungen der Bundesverfassung verhöhnern, sondern auch ihre Wählerschaft betrügen, ist ausser uns offenbar noch niemandem aufgefallen.

Wo ist das Verantwortungs-Bewusstsein der Politik gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen unseres Landes geblieben?

### 1.2. Der Verzicht des Staates auf seine wichtigste Aufgabe «Sicherheit»

Die schweizerische Militärverwaltung (VBS) hat im grossen Stil begonnen, die Halbierung der Armee (WEA) «umzusetzen». Die Auflösung von 70 Bataillonen ist weitgehend an der Öffentlichkeit vorbeigegangen, ohne dass man gross davon Notiz genommen hätte. Deren nicht mehr benötigtes Material wurde und wird entsorgt, darunter auch fabrikneues Material. Der Rückbau der Infrastrukturen ist im vollen Gang, mit Ausnahme der Vernichtung von «grossen Systemen», die gemäss erfolgter Umsetzung der «Motion Paul Niederberger» (Geschäft Nr. 11.4135) in der WEA-Gesetzgebung erst vom Bundesparlament bewilligt werden muss.

Inzwischen hat das VBS öffentlich zugegeben, dass die Armee-Logistik in einem katastrophalen Zustand ist. So hat diese gemäss Armeebotschaft 2017 «vergessen», Munition nachzubestellen. Die Munition würde im Konfliktfall nur für kurze Zeit, gemeint sind zwei oder drei Tage, ausreichen. Einzelne Munitionssorten sind gänzlich ausgegangen. Ausser uns hat das niemanden gestört, auch die Aufsichts-Kommissionen (SiK) nicht. Eigentlich ist es eine Unverschämtheit, dass die Militärverwaltung dem Parlament neue Beschaffungen beantragt, die dann wiederum von einer nachgewiesenermassen (!) unfähigen «Organisation» bewirtschaftet oder treffender, heruntergewirtschaftet werden. Der «Laden» hat doch dringend eine gröbere Aufräumaktion nötig! In jedem privatwirtschaftlichen Unternehmen wäre dies schon längst an die Hand genommen worden, oder das Unternehmen wäre verschwunden. Die zuständigen Bundespolitiker üben sich im «Wegschauen», im Verdrängen. Sie haben der Luftwaffe sogar die von dieser gewünschten (kostengünstigen) Erdkampf-Trainingsfähigkeit für die F/A-18 verweigert. Wohlverstanden eine Rolle, welche für den alternden F/A-18 in einer künftigen gemischten Flotte neben dem neuen Abfang-Jäger sehr wohl zukunftsorientiert wäre. Dies zeigt die Kurzsichtigkeit und Konzeptlosigkeit des Denkens und Handelns in diesen Gremien. Die Erneuerung der Luftwaffe mit neuen Kampfflugzeugen und neuen Luftverteidi-

gungs-Mitteln wird gleich wie bei früheren Beschaffungen auch diesmal wieder «grosses politisches Theater». Mit der WEA hat sich die Politik und die Militärverwaltung aber diesmal sozusagen selber «ein Bein gestellt». Nach dem WEA-Kahlschlag bei Beständen und Infrastruktur bleibt ja am Boden fast gar nichts mehr übrig, das zu schützen wäre. Auch die zwei noch verbliebenen kriegstauglichen Kampfjet-Flugplätze können von jedem möglichen Gegner, sogar von schwach dotierten terroristischen Gruppen oder ein paar «grünen Männchen» ohne grossen Aufwand rasch neutralisiert werden.

Die Beschaffung von teuren Kampfflugzeugen wird bei gut informierten Bürgern und Bürgerinnen wohl rasch auf eine grosse Skepsis stossen. Die Idee des Bundesrates, diese Beschaffungen nicht über das reguläre VBS-Budget zu tätigen, sondern einen Sonderkredit in Form eines referendumsfähigen «Planungsbeschlusses» zu beantragen, ist mit enormen Risiken behaftet. Das VBS befindet sich in einem wahrlichen Argumentations-Notstand, der längst nicht nur von Armeegegnern, sondern von vielen kritischen Bürgern und Bürgerinnen, vor allem aber von den Medien wahrgenommen werden wird und zur Ablehnung des Vorhabens beitragen wird.

In den vergangenen 20 Jahren hat die Miliz-Armee vier Reformen erleiden müssen. Jede Armee-Konzeption lebte also im Durchschnitt gerade einmal fünf Jahre. Dass da keine Ruhe einkehren kann, weiss eigentlich jeder. Dass die WEA unhaltbar ist, auch. Eine weitere Reform drängt sich auf. Es ist davon auszugehen, dass diese im Planungsstab der Armee bereits in Arbeit ist. Gut so. Aber: Wer legt den Anforderungskatalog an diese neue Armee-Konzeption fest? Wird es dazu ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren geben?

### **1.3. Die gesellschaftliche Herausforderung**

In der Schweiz hatten im Jahr 2017 total 8,3 Mio Personen Wohnsitz. Davon 3,7 Mio Schweizer/innen ohne Migrationshintergrund, 2,6 Mio Schweizer/innen mit Migrationshintergrund sowie 2,0 Mio Ausländer. Die «Urbevölkerung» (Volksmund: «Eidgenossen») ist also zur Minderheit im eigenen Land geworden. Die Zivilgesellschaft der Schweiz driftet langsam aber stetig auseinander.

Mediterrane, afrikanische und arabische Kulturen treffen seit wenigen Jahren intensiviert auf unser weltoffenes «Bergvolk», das nicht auf den enormen Ansturm meist illegaler Zuwanderer vorbereitet ist und dessen Regierung diese illegalen Vorgänge rechts- und verfassungswidrig offen toleriert. Die bereits jetzt existie-

renden Spannungen in der Bevölkerung werden dadurch noch weiter zunehmen.

Der Wille eines Staates, sein Territorium, seine Bewohnenden und seine Errungenschaften wenn nötig mit persönlichem Einsatz seiner Bürger (Miliz-Prinzip) zu verteidigen, setzt ein gewisses Mass an Solidarität unter den Bewohnenden voraus sowie einigermaßen kongruente Vorstellungen über die gesellschaftliche und rechtliche Ordnung und über den Staatsaufbau. Wir sind daran, beides zu verlieren.

Junge Dienstpflichtige stellen sich deshalb zurecht immer öfter folgende Fragen: Soll ich die mir zunehmend fremd gewordenen Mitbewohner dieses Landes schützen? Auch ethnische und religiöse Gruppen die sich unserer Ordnung offen widersetzen? Auch Wirtschafts-Manager, die nur noch ihre persönlichen Partikularinteressen verfolgen (Boni)? Wie weit? Soll ich bereit sein, dafür mein Leben zu riskieren? Mourir pour Dantzig? Soll ich im Ernstfall den Dienst verweigern? Ziehe ich rechtzeitig die Konsequenzen (Dienstverzicht, Auswanderung)? Soll ich mich darauf konzentrieren, nur noch meine eigene Familie und meinen Besitz aktiv zu verteidigen? Die Divergenz der Interessen verschiedener Bevölkerungs-Gruppierungen in der Schweiz nimmt ebenso rasch zu wie die nach wie vor ungebremste Zuwanderung.

Fazit: Die Schweiz steht vor äusserst ernsthaften gesellschaftlichen Herausforderungen, die den Zusammenhalt unserer Nation zunehmend gefährden und eine kohärente Politik verunmöglichen.

### **1.4. Die historische Dimension des WEA-Fehlentscheides**

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist in der Frage ihrer Weiter-Existenz tief gespalten: Sollen die Errungenschaften von 1291, 1648 und 1848/1874 aufgegeben oder beibehalten werden? Sollen wir den Anschluss an EU und NATO noch vollends vollziehen? Oder: Raufen wir uns wieder zusammen und bekennen wir uns zum Schweizerischen, souveränen National-Staat. Der die Beziehungen in allen Bereichen weltoffen zu anderen Ländern pflegt, ohne deren Rechtsordnungen zu übernehmen wie dies die EU von uns verlangt? Und sich nicht zu zwischenstaatlichen Kolonial-Verträgen und zu militärischen Beistandsverpflichtungen erpressen lässt? Die innenpolitische Situation der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat auffällige Ähnlichkeit wie sie bereits in den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts bestand, als ein beachtlicher Teil des Volkes ebenfalls den «Anschluss», damals an das «Deutsche Reich», als «zukunftsgerichtet» und «heilsbringend» befürwortete.

## **2. Zusammenfassung der internationalen Sicherheits-Entwicklungen 2017**

(auszugsweise)

### **Atomwaffen Iran/Nordkorea/Israel/Pakistan**

Eine der allergrössten Sorgen der Weltbevölkerung ist sicher der jederzeit mögliche Einsatz von atomaren Waffen, sei es im Terrorismus oder in klassischen zwischenstaatlichen Konflikten. Mehrere Staaten in instabilen Weltregionen haben es irgendwie geschafft, ihre Verteidigungskräfte mit atomaren Waffen auszurüsten. Dass sie diese im Verteidigungsfall selbst bei Inkaufnahme massiver Gegenschläge einsetzen würden, steht wohl ausser Frage.

### **Islamischer Terror**

Der islamische Terror liess auch im Berichtsjahr 2017 nicht nach. 1.1.2017 Istanbul, Nachtclub (39 Tote). 8.1. Jerusalem (4 Tote), 16.2. Pakistan Sufi-Schrein (75 Tote), 8.3. Kabul, Militärkrankenhaus (30 Tote), 22.3. London (5 Tote), 9.4. Ägypten (47 Tote), 18.4. Ägypten Katharinenkloster (1 Toter), 20.4. Paris (1 Toter), 22.5. Manchester UK (22 Tote), 3.6. London (8 Tote), 5.6. Australien (1 Toter), 7.6. Teheran (12 Tote), 30.6. Österreich (2 Tote), 14.7. Ägypten (7 Tote), 12.8. Pakistan (15 Tote), 13.8. Türkei (1 Toter), 16.-18. August Spanien (19 Tote), 25.8. Afghanistan (20 Tote), 25.8. Belgien, 15.9. London, 1.10. Frankreich (2 Tote), 15.10. Mogadiscio/Somalia (230 Tote), 31.10. New York (8 Tote), 24.11. Ägypten (305 Tote).

### **Naher Osten/Syrien**

Die Kämpfe zwischen diversen Bürgerkriegs-Akteuren gingen auch im Jahr 2017 unter Beteiligung mehrerer Grossmächte unvermindert weiter. Bei einem Bombenangriff auf die syrische Stadt Khan Sheikhoun am 5. April 2017 wurden über 80 Zivilisten getötet und 150 verletzt, darunter viele Kinder. Die Symptome deuteten auf den Einsatz des Giftgases Sarin hin. Gleichzeitig wurde das Spital bombardiert. Beobachter machten das Assad-Regime verantwortlich, was dieses aber umgehend dementierte.

Am 9. Juli meldete die irakische Armee die Befreiung Mossuls von der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS).

### **Europa**

Am 6. März beschloss die EU eine gemeinsame Kommandozentrale für Militäreinsätze. Auf dem ersten EU-Gipfel nach dem Brexit-Referendum im Juli 2016 hatte die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini die «neue EU Globale Strategie für Aussen- und Sicherheitspolitik (EUGS)» vorgestellt. Im Mittelpunkt

dieses Papiers steht die Umwandlung der EU in eine Militärunion.

### **Wahlen in Deutschland**

Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag fand am 24. September 2017 statt. Der rechtskonservativen AfD (Alternative für Deutschland) gelang mit 12,6 % der erstmalige Einzug in den Bundestag. Der beachtliche Vormarsch der AfD ist mit dem Versagen der deutschen Bundesregierung in der «Flüchtlingskrise» zu erklären. Nur mit grosser Mühe gelang diesmal noch eine Regierungsbildung (grosse Koalition).

### **Wahlen in Frankreich**

Am 7. Mai 2017 gewann in Frankreich der unabhängige Mitte-Kandidat Emmanuel Macron die Stichwahl zum Präsidenten klar gegen den Front National mit dessen Kandidatin Marine Le Pen. Die Kandidaten der grossen traditionellen Parteien waren schon im ersten Wahlgang ausgeschieden. Bei den Parlamentswahlen im Juni sicherte sich Macrons Bewegung «La République en Marche» aus dem Stand heraus eine komfortable Mehrheit. Aussenpolitisch will Macron die EU zur Fiskal-Union weiterentwickeln. Macron reagierte ablehnend auf Ansprüche der französischen Armee, worauf deren Generalstabchef Pierre de Villiers am 19. Juli demissionierte.

### **USA**

Im ersten Amtsjahr des neugewählten Präsidenten Donald J. Trump waren die Auswirkungen dieser Wahl noch unklar. Trump sieht sich selber als «Outsider», der unabhängig vom Establishment seine eigene Agenda verwirklichen will. Die Aussenpolitik der USA wird zunehmend unberechenbarer.

### **Brexit**

Am 28. März 2017 erklärte die britische Premierministerin Theresa May offiziell den Austritt Grossbritanniens aus der EU. Die Verhandlungen mit der EU-Kommission über den Austritt und die danach folgende weitere Zusammenarbeit gestalten sich als sehr schwierig.

### **Baltikum, Ukraine, Krim-Halbinsel**

Am 9. Januar 2017 verlegten die USA 4000 Soldaten und hunderte Panzer und Schützenpanzer in mittel- und osteuropäische NATO-Staaten angeblich als Reaktion auf die fortdauernde Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine durch Russland. Russland sieht darin eine Provokation und vermutet die Absicht der Westmächte, einen heissen Krieg gegen Russland zu

entfachen. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschlechterten sich in besorgniserregendem Ausmass.

### **Cyber-Kriegsführung**

Am 7. März 2017 veröffentlichte die Enthüllungs-Plattform Wikileaks Tausende von Dokumenten, die aufzeigen, wie der amerikanische CIA Apple- und Android-Smartphones, Personal Computer und sogar mit dem Internet verbundene Fernsehgeräte zur Überwachung benützt. Mit Signal, WhatsApp und Telegram verschlüsselte Nachrichten werden im Smartphone bereits vor ihrer Verschlüsselung «abgeschöpft». Die USA treiben offensichtlich auch einen gewaltigen Aufwand, um die Software in Massenprodukten virenanfällig und die Geräte damit abhörbar zu halten.

Diese Vorgänge zwingen auch unsere Armee dazu, für klassifizierte Systeme nur noch Quell-Code-offene Software zuzulassen.

### **3. Vereinstätigkeit**

Die Gruppe Giardino hat im Berichtsjahr mehrere Vorstandssitzungen und vier Plenar-Stabssitzungen abgehalten. Die Mitglieder wurden wie bisher durch Rundschreiben (im Jahr 2017 die Ausgabe Nr 25) über die Vereinstätigkeiten auf dem Laufenden gehalten. Die Website [www.gruppe-giardino.ch](http://www.gruppe-giardino.ch) mit ihrem mittlerweile bekannten Pressespiegel wurde laufend mit aktuellen Beiträgen à jour gehalten und von Diskutierenden rege benützt.

Wir kommentierten die Umsetzung der WEA nicht aktiv mit Medienmitteilungen. Die Stimme der Gruppe Giardino wird aber dennoch oft von Medienvertretern bei uns eingeholt, somit konnten wir unsere Ansichten in viele Berichterstattungen einbringen.

Am 29. April 2017 fand die Generalversammlung in der Mannschaftskaserne der Berner Truppen in Bern statt. Zahlreiche Mitglieder verfolgten den statutarischen Teil sowie das Gast-Referat von Beni Gafner, Bundeshausredaktor der Basler Zeitung unter dem Titel «Ohnmächtige EU – wehrlose Schweiz». Neu in den Vorstand gewählt wurde von der Generalversammlung Adrian Murer, welcher das Ressort der Vereins-Administration übernahm. Für die Erneuerung der Mitgliederverwaltung wurde eine neue Vereins-Software beschafft und zwischenzeitlich erfolgreich eingeführt.

Die Arbeit im zwanzigköpfigen «Stab» der Gruppe Giardino wurde neu in folgende Arbeitsgruppen strukturiert, welchen jeweils zwei bis fünf Stabsmitglieder angehören: «Armee-Konzeption/Sicherheits-

politischer Bericht», «Politik und Gesellschaft», «Miliz/Wehrdienst», «Kommunikation», «Mitgliederwerbung», «Aussenbeziehungen», ad hoc Arbeitsgruppen (Waffenrecht, Wahlen 2019), «Vereins-Administration», «Fundraising» und «Suisse Romande». Diese Arbeitsgruppen arbeiten in der Regel autonom und in eigenen Meetings an ihren Aufgaben, und präsentieren Fortschritte und Ergebnisse dem gesamten Stab.

Als erstes von aussen sichtbare Resultat wurde Ende 2017 die von Gotthard Frick (Arbeitsgruppe «Armee-Konzeption») verfasste Schrift «Nagelbrett-Armee» gedruckt. Sie wurde anfang 2018 allen Giardino-Mitgliedern kostenlos zugeschickt.

Am 30. Dezember 2017 reichte die Gruppe Giardino ihre Stellungnahme im laufenden Vernehmlassungsverfahren zur Übernahme des EU-Waffenrechts in das Schweizerische Recht ein. Darin lehnen wir eine Änderung des bereits heute genügend restriktiven Schweizer Waffenrechts entschieden ab. Die Gruppe Giardino wird sich, in Zusammenarbeit mit allen gleichgesinnten Kreisen, gegen das Ansinnen des Bundesrates zur Teil-Entwaffnung des Schweizer Volkes dezidiert zur Wehr setzen.

### **4. Dank**

Ich danke unseren in Stab und Vorstand wirkenden Mitkämpfern für ihr grosses Engagement in unserer Sache. Die Gruppe Giardino umfasst in diesen Organen, sowie im Kreis der Mitglieder und Sympathisanten ein unglaubliches Reservoir an militärischer Fachkompetenz, sowie eine grosse Fülle von Lebenserfahrung, geschichtlichem Verständnis und an gesundem Menschenverstand. Die Gruppe Giardino ist somit eine der ganz wenigen verbleibenden politischen Kräfte im Land, welche sich vehement gegen den aktuellen Defaitismus im Bereich der Landesverteidigung zur Wehr setzt.

Unser Dank gilt ganz besonders all unseren Mitgliedern, welche treu zu uns halten. Für Ihre finanzielle Unterstützung im Berichtsjahr danken wir Ihnen.

Wir hoffen, auch in Zukunft Ihren Erwartungen gerecht zu werden und werden uns mit all unserer Kraft und Energie weiterhin und unbeirrt für eine Zukunft der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit mit einer starken Miliz-Armee einsetzen.

*Zug, im Frühjahr 2018*

*Willi Vollenweider, Präsident der Gruppe Giardino*